

**Bezugspreis**  
Für Halle monatlich bei postmässiger  
Zustellung 40 Mark, vierteljährlich  
120 Mark, durch die Post 4.30 Mark  
zusätzlich. Zustellungsgebühren. Be-  
stellungen werden von allen Reichs-  
postämtern angenommen. In  
postamtlichen Angelegenheiten unter  
amtl. Zustellungsangelegenheiten unter  
Bezugspreis eingetragenen. Für un-  
erlangt eingegangene Manuskripte  
wird keine Gewähr übernommen.  
Nachdruck nur mit der Quellen-  
angabe. Halle-Zeitung gehalten.  
Verantwortl. Schriftf. Hr. 1142,  
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,  
der Zeitung-Abteilung Nr. 1133,  
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

# Zeitung

Dreihundertsechzigster Jahrgang.

**Bezugspreis**  
wöchentlich 75 Pfennig, 30 Pfennig, Kolonial-  
zeile oder deren Raum mit 40 Pf.  
berechnet u. in unseren Annahmeh-  
stellen u. allen Postämtern schriftlich  
angemeldet. Bestellungen die 22 mm  
breit 1.25 Mk. Anzeigen-  
annahmestellen vom. 11 Uhr,  
für die Sonntags-Dr. abends  
4 Uhr. Abbestellungen, soweit zu-  
lässig, müssen schriftlich erfolgen.  
Erfüllungsort: Halle. Erscheint  
täglich 5 mal, Sonntags 1 mal. Schrift-  
l. u. Gruppenschickung in Halle,  
Halle-Druckerei in. Dr. Deutscher  
Markt 24 und Große Marktstr. 22.

## Die Politik der Drohungen.

### Die Zwangsmaßnahmen der Entente.

**Einschränkung der Neutralen.**  
Hamburg, 20. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Das „Hamburger Fremdenblatt“ meldet aus Kopenhagen: Das dänische Regierungsblatt „Politiken“ meldet heute amtlich, daß in diesen Tagen Mitteilungen von der Friedenskonferenz in Paris an Dänemark, Schweden, Norwegen, Holland, die Schweiz, Spanien und die anderen neutralen Länder ergangen seien, worin die Mächte verlangt werden, die die alliierten und assoziierten Mächte ergreifen wollen, im Falle die Deutschen den Friedensvertrag nicht unterzeichnen. Die Blockade gegenüber Deutschland soll in einer bedeutend schärferen Form, als sie jemals während des Krieges existiert habe, aufs neue verhängt werden. Die Alliierten wollen erlauben, daß die neutralen Länder wie bisher von den Entente-Ländern importieren. Dagegen verlangt die Entente, daß die Neutralen sofort ihren Handel nach Deutschland einstellen, sowohl Ausfuhr wie Einfuhr. Sollten sich die Neutralen dieser Forderung widersetzen, würden sie bezüglich ihrer Einfuhr sofort auf beschränkte Nationen gesetzt werden. Es wurde mitgeteilt, daß die assoziierten Mächte, darunter auch Amerika, sich vollkommen einig sind in dieser Politik, die nach Ansicht der Friedenskonferenz die einzige sei, die Deutschland zur Annahme der Friedensbedingungen bewegen könne.

### Die „ungewisse“ Haltung Deutschlands.

WTB. London, 20. Mai. (Drahtnachricht.) (Reuter.) Das Kriegsamt teilt mit, daß es dem General Verhulst in Amsterdam der ungewissen Haltung Deutschlands in der Frage der Friedensbedingungen und der sich daraus ergebenden militärischen Lage ungenügend nicht möglich ist, Frankreich zu verlassen, und daher sein Londoner Besuch auf unbestimmte Zeit verschoben wird.

### Pariser Hoffnungen.

Genève, 20. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Aus Paris wird gemeldet: Es ist anzunehmen, daß die Haltung Brockdorff-Rangas auf die Dauer zu seinem Rücktritt führen könnte, da die alliierten Regierungen fest entschlossen sind, keine größeren Forderungen der Friedensbedingungen zu gestatten. In diesem Falle würde die Regierung Scheidemann neue Delegierte zur Unterzeichnung entsenden.

### Konferenz mit Entente-Pressvertretern.

Kattowitz, 20. Mai. Die Pressestelle des Staatskommissars für Oberschlesien meldet: Aus Anlaß der Annäherung der englischen und amerikanischen Pressvertreter hat am Montag unter Führung des Staatskommissars für Oberschlesien eine Konferenz mit diesen Pressvertretern stattgefunden. In ergebiger Aussprache stellte man sich einmütig auf den Standpunkt, daß Oberschlesien nicht in die politische Anstalt gelassen werden dürfe. Von der unabhängigen Sozialdemokratie, deren Führer, Rechtsanwalt Kistenstein-Hindenburg, an der Konferenz teilnahm, bis zu den Vertretern der Großindustrie gab es nur eine Meinung: Oberschlesien muß bei Deutschland bleiben. Ganz besonders hervorhebend waren die Ausführungen der polnischen Arbeiter, daß sie bei Deutschland bleiben wollen. Drogen ihnen doch bei dem Anblick an Polen schwere wirtschaftliche und kulturelle Rückschlüsse. Am Nachmittag unternahm die Pressvertreter eine Reise durch den gesamten Industriebezirk.

### Bleibt Oberschlesien deutsch?

Kattowitz, 20. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Zwischen den hier weilenden Mitgliedern der Entente-Konferenz und dem Vertreter in Versailles fand ein Telesprachgespräch statt, aus dem hervorging, daß die Entente nicht abgesehen ist, auf die Wiedereingliederung Oberschlesiens an Polen zu verzichten.

### Neutrale Zone in Norddeutschland?

Berlin, 20. Mai. Der „Tempo“ veröffentlicht folgende Mitteilung: Außer den Vorschriften, die über Schleswig bereits veröffentlicht worden sind, glauben wir zu wissen, daß der Vertrag noch die Schaffung einer neutralen Zone vorsieht, die sich von nördlich Helsingör bis südlich Hamburg und von Dänemark bis Westlich in einer Linie erstreckt, die von Seltin bis westlich Hamburg reicht. In dieser ganzen Zone muß sich Deutschland angehörig der beiden Weltmächte

den gefallen lassen, wie sie auf dem linken Rheinufer zu beschließen sind. Es darf weder Festungen errichten, noch Garnisonen halten. Aus dieser Klausel geht auch hervor, daß die Häfen von Seltin nach Hamburg beide in diese neutrale Zone einbezogen sind.

### Belgischen Forderungen.

Berlins, 20. Mai. „Echo de Paris“ meldet, daß der fünfzehnte Artikel des belgischen Forderungen neuen Mediation des Vertrages von 1839 erörtert hat. Jemand legte dem belgischen Standpunkt und die territorialen Forderungen dar und erzwangte an die Rechte, die Belgien im Kriege aus den ungenutzten Garantien des Vertrages von 1839 erwachsen waren. Mehrmals hätten die Deutschen die Grenze von Hollandisch-Vlimburg überschritten. Andererseits werde Belgien ein wirtschaftlich unabhängiges Land sein. Belgien ist ein Land, das auf die Unterstützung der Alliierten damit zählen darf, daß es werde. Der holländische Minister des Äußeren von Karmebel erwiderte, Belgien werde Holland geneigt finden, ihm die Erfüllung seiner Wünsche zu erleichtern, namentlich soweit sie die Selbstbestimmtheit betreffen. Jedoch sei man im Dange der Gefahr, daß nicht wenig die Rede sein über holländische Bevölkerung, deren Konflikt sich fürzlich ausdrücklich behandelte, unter fremde Herrschaft kommen zu sollen. Die Lösung der von Belgien aufgestellten Probleme müsse somit außerhalb jeder territorialen Änderung gesucht und gefunden werden. Belgien und Holland hätten gemeinlich die Interessen der Alliierten an der Lösung. Man solle sich am besten in direkter Unterredung finden. Man solle hervor, die Erklärungen von Karmebel seien in sehr verständlichen, aber gleichzeitig entschiedenem Tone gehalten gewesen.

### Amerika will alle deutschen Schiffe behalten.

WTB. Versailles, 20. Mai. (Drahtnachricht.) Die Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“ erklärt: Die Vereinigten Staaten werden die in amerikanischen Häfen beschlagene deutschen Schiffe mit 700 000 Tonnen trotz des Protestes Englands behalten. Die Vereinigten Staaten wollen die deutschen Schiffe nicht nach Maßgabe des verletzten Schiffsraumes unter die alliierten Flaggen verleiern lassen, da sonst England und den Schiffe an der Hand hätte. „Chicago Tribune“ will ferner wissen, die Forderung sei durch die Internationalisierung der Stadt auf eine gewisse Anzahl von Jahren und durch die Garantie, daß alle Staaten bestrebt des Hafens von Piraten gleichberechtigt sind, gelöst worden. Ein fünfjähriger Ausschuß der Liga der Nationen soll die Stadt und den Hafen verwalten. Das Blatt erklärt: Die Lösung der Forderung sei eine große Sorge Wilsons. Die übrigen Pariser Blätter wissen von dieser Lösung nichts zu berichten, nur daß die Verhandlungen getrennt fortwähren, ohne zu einem Ergebnis zu führen.

### Austausch der Beglaubigungsschreiben.

Saint-Germain, 20. Mai. Reuter. Der Austausch der Beglaubigungsschreiben zwischen den österreichischen Delegierten und der internationalen Kommission hat heute stattgefunden. Er dauerte nur fünf Minuten.

### Englischer Protest gegen die Hungerblockade.

Amsterdam, 20. Mai. Das „Allgemeine Handelsblatt“ meldet aus London: Das gestern in der Albert Hall eine große, von der Gesellschaft zur Bekämpfung des Hungers einberufene Protestversammlung gegen die Seeblockade Deutschlands, durch die Hunderttausende von Frauen und Kindern ums Leben gekommen sind, stattgefunden hat. Der Vorsitzende, Lord Dartmouth, erklärte in seiner Rede, daß der Friede ein Friede des Wohlwollens und der Verschönerung sein müsse. Robert Smic sprach ebenfalls und unterbreitete einen Antrag, in dem auf die Notwendigkeit hingewiesen wird, Hilfe zu leisten, um die schreckliche Hungersnot in den notleidenden Gebieten zu beseitigen. Karl Beauchamp unterbreitete einen Antrag, in dem die Aufhebung aller Sanktionen, die die wirtschaftliche Entwicklung hemmen, und die Politik des gleichberechtigten Handels zwischen allen Völkern gefordert wird.

### Vormarsch der Entente gegen Sudapest.

Wien, 20. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Der Vormarsch der Entente gegen Budapest, die unter der Leitung des Generals Franchet begannen hat, geht glatt voran. General Franchet glaubt spätestens am Mittwoch in Budapest zu sein.

### Straßenkämpfe in Konstantinopel.

Wien, 20. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Bukarester „Dacia““ meldet: In Konstantinopel kam es wegen des ungewissen Schicksals in Bezug auf die Aufteilungspläne der Entente zu blutigen Straßenkämpfen zwischen Wohngemeinden und Europäern. Auf beiden Seiten gab es viele Tote und Verwundete. Später wurden die Geschützschiffe der Europäer gesunken.

### Ledebour vor dem Richter!

Das Tribunal wird zur politischen Szene  
er. Berlin, 20. Mai 1919.

Es ist ein Zufall, aber fast glücklicher, daß zu den vielfachen Sorgen nach dem Diebstahlprozess nun auch die politischen Erregungen des Ledebour-Gerichtsterfahrens treten. Aber die Justiz geht auch in der Republik ihrer schmerzlichen Gang. Die Verhandlung gegen Georg Ledebour wurde jetzt fällig, nachdem der Angeklagte vier Monate lang in Unterjochhaft gesessen. Der Prozess wurde nachträglich zusammengeloppelt mit dem Verfahren gegen Ernst Däumig. Dieser neuerdings so bekannt gewordene Rätepublikaner ist zum Gerichtstermin nicht erschienen. Da er alles andere als ein Drücker ist, darf man ihm glauben, daß er die Grippe und 40 Grad Fieber hat. Der alte Ledebour muß also zunächst allein mit der Anklage fertig werden. Er sieht als Anführer, Räteführer und Sprengstoffverbreiter vor den Schranken. Man hat herausgefunden, was juristisch greifbar ist. Moralisch sind Ledebours Taten während der Berliner Spartakuswoche weit schwerer zu bewerten. Die vielen Toten der Januar-Anschläge sind seine Opfer. Er war neben Cichorn und Dieblich der dritte Mann im Spartakustriumvirat, auch wenn er sich noch nie sehr dagegen sträubt, als Spartakist angesprochen zu werden. Die Anklageschrift gegen Ledebour, ein Attentat von 42 Seiten, hat sich auf das bekannte Schriftstück des Renovationsschusses vom 5. Januar 1919 auf, das aber Ledebour selbst nicht unterschrieben hat. Ledebour unterschreibt auf jenes Schriftstück (siehe bekanntlich Dr. Karl Dieblich in Vertretung Ledebours. Das hätte einem „Meichen Verbrecher“, wie Nietzsche sagen würde, einem Feigling gegenüber zu seine Schwierigkeiten. Dieblich ist tot und stumm. Ledebour braucht seine Unterschrift nicht anzuerkennen. Aber er tut es doch und scheint sehr stolz darauf zu sein. Er ist das äußerste Gegenteil eines reinen Sünders. Er verteidigt sich nicht. Er hat in der Voruntersuchung jede Erklärung zur Sache abgelehnt. Er verlangt als Mitglied des Volksrates die volle Immunität, die er in kaiserlichen Zeiten als Reichstagsabgeordneter genoss. Ein läches Begehren ohne staatsrechtliche Unterlage, und man hat ihm auch nicht stattgegeben. Aber Ledebour mit seiner bewegten kriminalistischen Vergangenheit ist unerschütterlich an prozeduralen Waffen. Er dreht den Spieß der Anklage um und droht mit politischen Genüssen, wodurch bewiesen ist, wie herabstufend es war, alle Eingänge des Gerichtesgebäudes mit fröhlichen Regierungssoldaten zu besetzen und auch im Innern ein Maßnahmegerichtsdirektor zu postieren. Ledebour erklärt, er lasse sich jetzt durch niemanden, auch durch den tranken Däumig nicht, daran hindern, mit der Regierung Scheidemann abzurechnen. Diese Regierung habe die Renovation versucht, eine Gemwärtigkeit aufgebracht, das Land in Schande gebracht, und sie sei jetzt drauf und dran, uns noch tiefer in das Unglück hineinzuführen. Man kann sich denken, was Herr Ledebour nach solchen einleitenden Worten und nachdem er den Staatsanwalt bereits einige dummen Tungen genannt hat — er wirft ihm „nicht allzu große Lebenserfahrung“ vor — noch für schöne Dinge auf der Pflanze hat. Er will das Gerichtstriumvirat zur Szene, zum Zummelplatz politischer Leidenschaftlichen stellen. Er will die heutige Regierung, die gerade unter fruchtbarer, schier übermenschenhaft gehender Verantwortung das Schicksal des deutschen Volkes entscheidet, an den Pranger stellen, vor dem Zivil- und Ausland lächerlich machen und die von ihm schon bisher verworfenen Massen vom Feinsten des Gerichtesalles aus von neuem aufheizen. Ein gefährliches, ein geradezu freudhaftes Spiel. Gibt es dagegen kein Mittel? Keine Rettung? Die Aufsichtspolitik des Gerichtesvorstandes ist der rabiaten Taktik dieses gerillenen Parlamentarieres vielleicht nicht immer gewachsen. Es sind noch mehrfach Stimmen laut geworden, Herr Ledebour durch mehrere Verzeite auf seinen Rezensenzstand zu unterjochen. Eine Nebenregierung werde man sicher feststellen und danach stehen sich ja allerhand Maßnahmen treffen. Aber dieser Weg ist bei politischer Prozedur gefährlich. Der Untersuchungs wird leicht zum Märtyrer. Seine Anhänger glauben natürlich die Abnormität ihres Propaganda nicht, auch wenn sich die Sachverständigen großer Unparteilichkeit besäßen. Und überdies ist der 69jährige Ledebour wirklich bei aller Schwarzgalligkeit und allem Fanatismus kein alter Geistes gewesen. Er sieht trotz der Untersuchungsfrist frischer und besser genährt aus wie seine Richter. Man konnte also lieber nicht mit der beherrschenden Anweisung seiner geistigen Gesundheit. Man muß ihn offen und ehrlich bekämpfen. Auch die Verteidiger könnten manches tun, um den Brand des Prozesses mit dem türkischen Feuer zu beschleunigen. Wer

Im folgenden Augenblick tritt die innerpolitischen Zustände neu zu entfalten, ein Teil des deutschen Vaterlandes und seine Zugehörigkeit zu radikalen Richtungen entschuldigt ihm.

## Lebedow-Prozess.

Berlin, 20. Mai. Im Lebedow-Prozess nahm der Angeklagte, der im Novemberjahren jede Ausweisung zur Sache verweigert hatte, das Wort zu mehrstündigen Darlegungen und führte aus, daß nach Verheißungen der revolutionären Kundgebung am 4. November hastigstenfalls die Sache mußte aber vertagt werden, weil einige Abgeordnete für die Vertagung eintraten. Das war ein schwerer Fehler. Die endgültige Entscheidung in Berlin sollte dem am 4. November folgenden Tag über eine größere Anzahl von Personen von der Partei zum Beschluß unterbreitet war und die Regierung Spittel hatte, hätten Verhandlungen begonnen. Der Angeklagte bekundigte dann Ehret, Scheidemann und Gessenlo, daß sie im Doppeltschreiben. Sie hätten eben unter allen Umständen dabei sein wollen, wenn es an die Verteilung der Partei geht. Sie hätten deshalb das Angebot, mit den Unabhängigen eine neue Regierung zu bilden, abgelehnt. Als er dann am 4. November nach Ausdruck der Revolution vor dem Schluß revolutionärer Anträge gehalten habe, habe Scheidemann öffentlich vor dem Reichstag die Republik proklamiert. Im Laufe der nachfolgenden gegen Scheidemann gerichteten Ausführungen wird der Angeklagte vom Vorsitzenden wiederholt ermahnt, sich in den Ausdrücken zu möglichem. Wenn die Revolution möglich wäre, so würde er jetzt neben Ehret und Scheidemann auf der Angeklagten sitzen, um so mehr als die beiden Herren als Minister an der Revolution gegen eine Regierung teilzunehmen, der sie selbst angehört. Der Angeklagte behauptet, jedoch eingehend die weitere Entwicklung der Dinge.

Nach der Mittagspause entspann sich ein Wortgefecht zwischen Rechtsanwalt Theodor Viehoff und Staatsanwalt Humboldt. Der Angeklagte legte dann seine Ausführungen fort. Alles, was gegen Eichhorn gesagt worden sei, sei nicht zutreffend. Die Arbeiterpartei habe angeführt, der planmäßige Angriff der Regierung gegen sie zu haben. Das er bestritten habe, sei eine rein politische Aktion gewesen. Er übernehme auch heute noch die volle Verantwortung für das, was er dabei getan habe. Die Berliner Arbeiterpartei habe die verheißene Regierung Ehret-Scheidemann so schnell als möglich beiseite zu lassen. Der Vorsitzende rügte die Art des Angeklagten, überlaut und zu den Zuhörern gewandt zu sprechen und dabei zum Sturz der Regierung aufzufordern. Der Angeklagte behauptete, er sei kein Redeführer gewesen, sondern habe oft eine vermittelnde Tätigkeit entfaltet. Die Vorgänge bei seiner Verhaftung seien ungenau berichtet worden. Er läge in der Tat nicht, daß die Arbeit bestritten habe, es sei ihm wie mit Role zugewandt zu machen. Er läßt dann, daß er sich nicht ein Verbrechen hat, die deutsche Arbeiterpartei und das deutsche Volk erworben zu haben. Die Verhandlung wurde sodann auf Mittwoch 9 Uhr vertagt.

## Erfolg der nationalistischen Bewegung in Ägypten

Lugano, 20. Mai. (Eigene Drahtnachricht.) Der „Corriere della Sera“ veröffentlicht einen über Tripolis eingetragenen ausführlichen Bericht über die Ereignisse in Ägypten. Danach ist die Ende April eingetretene Ruhe nur scheinbar und wurde erreicht durch den Einmarsch der englischen Regierung, die verhaftete und nach Malta gebracht Führer der Nationalisten in Freiheit zu setzen und einer Abordnung unter dem Vorsitz von Jaghal Pascha die Reise nach Paris zu tun. Diese Reise ist noch zu erwarten. Ganz Ägypten bereitet den Kampf gegen England mit größter Eifer wieder aufzunehmen, falls die Delegation ihr Ziel nicht erreichen sollte. Jugha Pascha bannert der politische und ökonomische Widerstand fort.

Die Freilassung der nationalistischen Führer wurde, wie der „Corriere della Sera“ weiter berichtet, in ganz Ägypten mit unbeschreiblichem Jubel als ein Sieg über die englische Unterdrückung gefeiert. Eine weitere Stärkung hat die Bewegung

## Das Rosenhaus.

Roman von Felix Gaugler.

62. Fortsetzung

Handbuch verlesen.

Sie überlegte, ob sie dem Dänische Thomas' Folge leisten solle und erwiderte sich beide zu beiden. „Geh nur und besuche ich dich, keine Zeit.“

Fünf Minuten später waren die beiden Abgehenden wieder da. „Der Mann im Hemd läßt sich noch mal hören. Kann einen Augenblick, es dauert nicht lange. Dann kannst du wieder gehen.“ Sie zauderte. Da erwiderte Thomas schon selbst. „Bitte Rose, sei so gut! Ich möchte dich Herrn Otto Schmidt vorstellen.“

„Ja, weshalb denn, Thomas? Wer ist denn das, dieser Herr Schmidt?“ Eine sehr kalte des Unmut stand im energischen Trobe über der Rosenwurzel.

„Ein Fremder, der sich hier die Umgebung von Breitenbrunn ansehen will.“

„Und diesen wildfremden Menschen willst du mich vorstellen? Das ist ja dummes Zeug, Thomas.“

„Wenn ich etwas tue, so ist es niemals das, was du sagst, Rose.“

„Sie drehte ihn den Rücken zu.“

„Gut“, sagte Thomas und entfernte sich. „Es wird auch anders gehen.“

Er führte nach kurzer Zeit Otto Schmidt in das Haus und trat mit ihm in dem Augenblick in den Fluß, als Rosemarie beschätzte, das Haus zu verlassen, da sie genau hatte, was Thomas tun würde.

„Sie prüfte ihn an. Seine helle rote des Jorns verklärte ihr Gesicht. Sie sah in ihrer Empörung eine Vermittlung allerlei aus. Volk heimlicher Bewunderung rief Otto Schmidt Blick auf den zeitlichen Wohlstand.“

„So“, sagte Thomas gemächlich. „Kann kommen wie ich zum Ziel. ... Also, Herr Schmidt, dies ist meine Base Rose Beerbach, meine zukünftige Frau.“

„Das fällt dir ein!“ entgegnete Rosemarie, ihr hart schätzend. „Wie darfst du es wagen, dies zu sagen?“

Thomas schien für Augenblicke verblüfft. Er sah mit einer Art Hilflosigkeit in Otto Schmidt's Gesicht, das den Ausdruck peinlicher Bestürzung trug. Denn der Mißge-

durch die mit rasender Schneelage verbreitete Nachricht vom Zustand in Indien erlösen. Jugha Pascha hat die Bewegung auch auf Pakista, besonders nach Peshawar, die er gegen die Regierung der Nationalen, die die Anerkennung der von Jaghal Pascha geleiteten Delegation als offizielle Vertretung des ägyptischen Volkes, Abschaffung des englischen Protektorats, Zurückziehung der englischen Truppen und ihr Ersatz durch ägyptische Truppen, Mikritzt des Ministeriums Jaghal Pascha. Dieser ist bereits erfolgt. Die Nachrichten aus Oberägypten und dem Sudan sind nur spärlich auf dem Wege über Suez zu erhalten.

## Kampf zwischen Marokkanern und Spaniern.

Berlins, 20. Mai. „Journal“ meldet aus Tanger, daß am 14. Mai südlich von Anzoras ein Kampf zwischen Marokkanern und Spaniern stattgefunden hat, bei dem 85 Spanier getötet und zahlreiche verwundet wurden.

## Judenverfolgungen in Prag.

Wien, 20. Mai. Das Wiener Telegraphen-Korrespondenz-Büro meldet aus Prag: In der Vorstadt Karolinenthor, wo Sonntag der jüdische Kaufmann Klinger und seine Frau von der Menge getötet wurden, kam es gestern neuerlich zu antisemitischen Kundgebungen, die sich in Brandstiftungen und gewaltigen, ihre Geschäfte zu schließen.

## Hoover in Deutschböhmen.

Prag, 20. Mai. Wie das „Prager Tagblatt“ meldet, befehligte eine Abordnung der Kommission des Lebensmittelkommissars Hoover die Bezirke Gerasitz, Krásko, Eger und Witz, die um Hilfe für ihre Kinder gebeten hatten. Die Kommission war vom Hungerleid, daß sie sah, erschüttert.

## Pölnischer Heresbericht.

Warschau, 20. Mai. Pölnische Telegraphen-Agentur. Heresbericht. Galizische Front. In der Nacht auf den 19. Mai eroberten polnische Truppen Borsowal und Drohobycz. Borsowal ist unbesetzt. Andere Abteilungen erobern weitere Mikolajew (südlich Lemberg) und erzwingen den Abzug über die Dniester-Brücke bei Kosowod. Die Heresströfe, sowie die Eisenbahnlinie Lemberg-Wilkojajew ist gänzlich in unserm Besitz. Der Feind schiebt in Ueberflüchtigung.

## Der Streik in Oberschlesien erloschen.

Kattowitz, 20. Mai. Wie die „Tagesblätter“ melden, ist der Streik in ober-schlesischen Grubenbezirk bis auf die Emmaube erloschen.

## Protectorversammlung in Königsberg.

Königsberg (Dlitz), 20. Mai. Anlaßlich der Amnestie der Minister Dittich, Heine und Braun fand gestern abend in der Börse eine große politische Versammlung statt, in der die Minister, oft noch lebhaften Beifall entgegen, die Gründe der Regierung gegenüber den schändlichen Friedensbedingungen der Entente, namentlich auch in ihrer Widmung auf Ostpreußen, darlegten und einen klaren und in dieser schwierigen Zeit des Vaterlandes alles Trennende beiseite zu lassen und feste Entschlossenheit und Einigkeit zu bewiesen. Die Regierung, so führte Ministerpräsident Dittich aus, hat den Vertrag in der vorliegenden Form als unannehmbar bezeichnet, und es ist ihr damit vollkommen. Sie sieht auf dem Standpunkt, daß der Friede nur geschlossen werden kann auf der Grundlage der 14 Punkte Wilsons. Unter der Aussetzung, die dieser Vertrag mit sich bringen würde, würden sich die deutschen Arbeiter zu leiden haben. Ganz besonders würde Ostpreußen zu leiden haben, wenn der Friede unter den Bedingungen der Entente zustande käme. Ob wir Verhandlungen mit der Entente erlösen werden, läßt sich im Augenblick nicht sagen. Aber erlösen werden wir unser Ziel nur dann, wenn die Entente sich, daß hinter der Regierung das deutsche Volk geschlossen ohne Unterscheid der Parteirichtung und der religiösen Zugehörigkeit steht. Dann wird auch die Stunde kommen, wo Deutschland aus dieser Schmach zu neuer Ehre

emporklimmt. Minister Heine führte aus: „Unser Volk ist getrotzt, mag die vorige Regierung auch noch so viele Fehler gemacht haben, sie war gerecht, solange wir nur abwarten, unter Volkstum schämen mußten der Ueberzahl der unumringenden Feinde. In keinem Teil unseres Vaterlandes weh man das besser, als in Ostpreußen. Als unser Heer zusammengebrochen war, weil ihm Unmenschliches zugemutet wurde, da setzten wir Teile des Volkes ihre Hoffnung auf die Gerechtigkeit, die aus dem Munde Wilsons rief. Braulam war das Erwachen aus diesem Traum. Jetzt, in der größten Not des Vaterlandes, mußten wir einwenden, daß uns nur Eintracht und der Glaube an uns selbst helfen kann. Die Entschlossenheit, uns zu weihen und die Arbeit. Der Volk steht zurückhilt von der Arbeit, der löst unter Volk. Minister Braun erläuterte die verwerflichen wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages für unser Volk. Die Fortsetzung und Verhängung der Hungerblöcke während des Waffenstillstandes wird ewig als Schandmal während der Entente bleiben. Was uns jetzt im Friedensvertrag zugemutet wird, bedeutet noch eine Steigerung, es bedeutet dauerndes Siedeln. Wir müssen den Vertrag ablehnen, wenn er nicht wesentlich umgestaltet wird. Die Folgen können wir aber nur auf uns nehmen, wenn alle Vorkämpfer herfind, alle zusammenstehen, einheitlicher Wille uns alle berechtigen. Ostpreußen muß zeigen, daß der alte schlesische Spruch „Up ewig ungeweiht“ gilt. Dann wird das gelungene Deutschland und Ostpreußen gegenüber Treue mit Treue vergelten.“

Die deutsch-demokratische, deutschnationale und deutsche Volkspartei gaben Erklärungen ab, in denen die bestimmte Erwartung zum Ausdruck kam, daß die Regierung gegenüber den unannehmlichen Forderungen der Entente festhalten und daß sie nicht dulden werde, daß Ostpreußen abgetrennt und Ostpreußen im politischen Meer erhalten werden. Unter allen Umständen müsse auch die deutsche Ehre gewahrt werden. Das Ansehen, unsere deutschen Heerführer vor ein ausländisches Kriegsgericht zu stellen, bedeute eine iname Schmach. Aus allen Erklärungen ging der einmütige Wille hervor, in der Not des Vaterlandes fest zusammenzutreten. Zum Schluß erklärte Batock unter lebhaftem Beifall: „Wir Ostpreußen sind die letzten, die unsere Ehre und die Ehre Deutschlands preisgeben wollen. Auch die Auslieferung unserer früheren Kaiser und Königs wäre gegen die Schmach unseres Vaterlandes. Wir fühlen uns auf Gebel und unseres Vaterlandes. Wir fühlen uns auf Gebel und unserer Vaterlandes.“

## Abwehrstreik in Königsberg.

Königsberg (Dlitz), 20. Mai. Der Aktionsauslöschung für den Abwehrstreik gibt bekannt, daß infolge des politischen Generalstreiks, den die Unabhängigen und Sozialisten begannen, alle hinter der Regierung stehenden Arbeiter im Interesse der Arbeiter im Allgemeinen, Beamte, Privatangestellte, Ärzte, Apotheker, Bankisten und Betriebe im Handel, Industrie und Gewerbe leisten sofort die Tätigkeit ein. Wie die Gasanstalt mitteilt, fließt die Gasabgabe nur bis Dienstag früh erfolgen.

## Belagerungszustand über Westpreußen.

Berlin, 20. Mai. Wie die Abendblätter melden, ist über ganz Westpreußen vom preussischen Staatsministerium der Belagerungszustand durch Ausrufung der Artikel 5, 6, 27, 28 und 30 der Verfassung verkündigt worden.

Für Sekunden entstand eine panische Stille. Dazu sagte Otto Schmidt, sich besinnend: „Eigentlich bin ich Ihrem Betrug dankbar, daß er mir die Gelegenheit gab, in dieses Haus zu kommen. Meine Absicht war es schon seit einigen Tagen, vorzutreten, um mich im Interesse eines Freundes danach zu erkundigen, ob das Haus des verstorbenen Herrn Matthias Brudmüller, noch veräußert ist.“

Rosemarie fand ihre Unbefangenheit wieder. Sie amelte erwiderte auf: „Wenn ich Sie deswegen an meinen Vater weihen darf? Aber ich glaube, das Haus ist gänzlich unverkäuflich, da nur der eigentliche Erbe darüber zu verfügen hat.“

„Und wer ist dies, wenn ich fragen darf?“

Der Sohn des Verstorbenen. Aber er ist seit Jahren verstorben.“

„So, verstorben?“ wiederholte Otto Schmidt und blickte augenblicklich durch die geöffnete Haustür in den Vorgarten.

„Über vielleicht sprechen Sie trotzdem mit meinem Vater?“ fragte Rosemarie. Sie glaubte eine eigenartige Befremdung in ihrem Halse zu verspüren, die bald von Herzen hodgeglichen war. Die bestimmende Sorge, daß der vor ihr Lebende sich entfernen könne, plötzlich, ohne längere Anstalten.“

„Es möchte ich sein, daß er noch bleiben möchte? Was konnte sie denn veranlassen, diesen Wunsch zu empfinden?“

Nach ehe sie zu einer Klarheit über das sie Bewegende kam, sagte der Jaudernde: „Ich möchte Ihnen Herrn Vater nicht hören, Kráulen Beerbach.“

„D. Sie würden das keineswegs tun. Er könnte Ihnen genau Auskunft geben, ob der Verkauf möglichst frühhin.“

„Sie sind sehr lebenswürdig. Aber ich danke, es ist so sehr müde. Ich hatte mich noch einige Tage in Breitenbrunn auf. Vielleicht komme ich morgen herüber. Wollen Sie mich, bitte, veranlassen, Herrn Vater empfinden?“

So ging er doch? Er ging und kam vielleicht nicht wieder. Ein eigenes Gähnen war in Rosemarie's Sinn als sie dieser Möglichkeit nachging, während sie Otto Schmidt bis zur Worte des Borgarten begleitete, um dort noch eine kurze Zeit ihm nachsehen, stehen zu bleiben.

(Fortsetzung folgt.)



